

5. Theorie der Hegemonie und Radikale Demokratie nach Laclau und Mouffe

Um der Offenheit und Kontingenz dezentrierter Identitäten und Strukturen Rechnung zu tragen und dabei gleichzeitig der Frage nachzugehen, auf welche Weise dennoch Bedeutungen hergestellt, Identifizierungen ermöglicht und hegemoniale Projekte realisiert werden können, bietet sich die diskursanalytische Hegemonietheorie nach Ernesto Laclau (1935–2014) und Chantal Mouffe (*1943) an. Diese befindet sich am Schnittpunkt eines Post-Marxismus, der die klassenreduktionistische Basis-Überbau-Struktur überwindet und eines Poststrukturalismus, der auf semiotisch-diskursive Weise die Kontingenz gesellschaftspolitischer Entwicklungen berücksichtigt. Ausgangspunkte bilden dabei vor allem die marxistische Hegemonietheorie Antonio Gramscis, die dekonstruktivistischen Arbeiten Jacques Derridas, die diskursanalytische Theorie Michel Foucaults sowie Elemente der Psychoanalyse Jacques Lacans.

Die grundlegende Überlegung des politischen Projektes von Laclau und Mouffe ist die Feststellung, dass das Politische kein internes Moment des Sozialen ist, sondern ganz im Gegenteil die Unmöglichkeit der Errichtung des Sozialen als objektive Ordnung aufzeigt (vgl. Laclau 1990, 160). Ebenso wird einer zugrundeliegenden Instanz der Identitätsbildung Absage erteilt und stattdessen davon ausgegangen, dass Identitäten in diskursiven Artikulationsprozessen hergestellt werden. Dabei werden Diskurse als Differenzsysteme betrachtet, da einzelnen Elementen, unabhängig ihrer Beziehung zu anderen, keine bestimmte Bedeutung zukommt. Erst in Abgrenzung zu einem Außen können Bedeutungen vorübergehend hergestellt werden, deren Permanenz jedoch gleichzeitig durch dieses konstitutive Außen verunmöglicht und so eine endgültige Schließung des Diskurses verhindert wird.

Hier ist das Konzept des sozialen Antagonismus bedeutend, mit dem die Beziehung von Identitäten zu ihrem Außen erfasst werden kann (vgl. Stäheli 1999, 150). Dabei bildet der Moment des Antagonismus das Feld des Politischen, da dieser eine Unentscheidbarkeit voraussetzt, die Laclau als Dislokation bezeichnet (vgl. ebd., 39). An dem Punkt, wo es um das Treffen einer Entscheidung geht, setzt die Hegemonietheorie an. Die Dislokation von Strukturen und Identitäten bildet die Grundlage für die Hegemonietheorie, da auf ihrer Basis Elemente reartikuliert und somit hegemoniale Kräfte erst produziert

werden können. Durch den Prozess der Artikulation können Elemente, die keine notwendige Zugehörigkeit haben, verbunden werden, um so neue Bedeutungen, im Sinne hegemonialer Kräfte, zu schaffen.

Die Hegemonietheorie nach unter anderem Laclau folgt einer radikalen und pluralen Demokratie, die als eine mögliche Artikulation der Diskurstheorie mit der Demokratietheorie angesehen werden kann (vgl. Stäheli 1999, 156f.). Pluralismus heißt dabei erstens, dass Identitäten in sich selbst ihr Geltungsprinzip finden und zweitens, diese Identitäten durch ein demokratisches Imaginäres verbunden werden (vgl. ebd., 159). Das heißt, eine radikale Demokratie als hegemoniales Projekt zielt darauf ab, einen gesellschaftlichen Konsens bezüglich der politischen Institutionen, die für das Bestehen einer pluralen demokratischen Ordnung konstitutiv sind, zu erreichen (vgl. Neubert 2013, 73). Radikal ist das Projekt insofern, als es die Allgegenwart von Machtverhältnissen und Antagonismen anerkennt und sich ihrer eigenen Grundlosigkeit bewusst ist. Damit ist die radikale Demokratie eine der wenigen politischen Konzeptionen, die den Antagonismus produktiv integriert und somit gesellschaftliche Auseinandersetzungen auf demokratischer Grundlage ermöglicht (vgl. Nonhoff 2007a, 11).

Im Folgenden werden zunächst die theoretischen Grundbegriffe der Hegemonietheorie vorgestellt und erläutert, bevor im Anschluss auf die Wirkung und Rezeption in der *Critical Pedagogy* eingegangen wird.

5.1 Theoretische Grundbegriffe der Hegemonietheorie

Einen der wichtigsten theoretischen Beiträge zur zeitgenössischen Auseinandersetzung um Fragen der Konstituierung von »Gesellschaft«, »Identität« und des Aufkommens sozialer Bewegungen im Rahmen einer poststrukturalistisch ausgerichteten, kritischen Kulturtheorie leistete der in Argentinien geborene und in den 1960ern nach Großbritannien migrierte Politikwissenschaftler Ernesto Laclau (1935–2014). Geprägt von der politischen Praxis Argentiniens, die eine Entwicklung vom national-populistischen Peronismus der Nachkriegszeit über den Versuch der Installierung eines liberal-demokratischen Systems Ende der 50er Jahre hin zu einem Wiedererstarken des Peronismus in den 1960er Jahren zeigt, entwickelt Laclau seine Theorie hegemonialer Diskurse (vgl. Reckwitz 2011, 300). Er erkennt, dass das Basis-Überbau-Schema der marxistischen Theorie nicht auf die argentinische Situation übertragbar ist, da sich die vermeintlichen Klassenkämpfe als Konflikte um kulturelle Hegemonie darstellen (vgl. ebd.). Die mit Chantal Mouffe gemeinsam verfasste Monografie »Hegemony and Socialist Strategy« (1985) sowie sein Werk »New Reflections on the Revolution of Our Time« (1990) bilden die Grundlagen seiner Theorie.

5.1.1 Hegemonie & Diskurs

Hegemonie ist eine *kontingente* Vorherrschaft einer artikulatorischen Praxis innerhalb des Feldes der Diskursivität. Über die Konstruktion von Gemeinsamkeiten wird ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt, wodurch sich eine hegemoniale Stellung einer Gruppe ergibt. Basiert diese hegemoniale Stellung auf Konsens und Zustimmung

seitens derer, auf die sie wirkt, handelt es sich, in Gramscis Vokabular, um einen »historischen Block« (vgl. Habermann 2012, 22). Somit ist Hegemonie, als konsensuelle Vormachtstellung, nicht nur auf das Feld der Ökonomie und der Verwaltung begrenzt, sondern schließt ebenso eine Führungsposition auf den Gebieten der Kultur, Moral, Ethik und im Bereich des geistigen Lebens ein (vgl. Hall 2000, 74). In der Analyse des Thatcherismus schreibt Hall:

»Hegemony points to a way of conceptualizing the emergence of Thatcherism in terms of the struggle to gain ascendancy over a whole social formation, to achieve positions of leadership in a number of different sites of social life at once, to achieve the commanding position on a broad strategic front. It entails the critical passage of a system of domination into the authority of a leading bloc, which is capable not only of organizing its own base through the construction of alliances between different sectors and social forces, but which has as central feature of that process the construction and winning of popular consent to that authority among key sectors of the dominated classes themselves.« (Hall 1988a, 53)

Die im Kampf um Hegemonie implizierte Konflikthaftigkeit und das Ringen um unter anderem ideologische Vorherrschaft deuten den offenen und umkämpften Raum des Gesellschaftlichen an. Ein Hauptaspekt der Hegemonietheorie Laclaus ist die Feststellung, dass es *die* Gesellschaft nicht gibt. Stattdessen sprechen Laclau und Mouffe von dem Sozialen, als eine Mischung aus verschiedenen diskursiven Praktiken. Das Diskursive ist gleichbedeutend mit dem Sozialen (vgl. Stäheli 2000, 34).

Zwar geht der Begriff des Diskurses zurück auf die Konzeption von Michel Foucault, überschreitet diese jedoch bezüglich der Dimension und Ausdehnung des Diskursiven. Laut Foucault besteht ein Diskurs aus einer »Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören« (Foucault 1973, 156). Foucault bezieht sich somit auf einen sprachlich produzierten Sinnzusammenhang. Dabei kommen einzelnen Aussagen an sich keine Bedeutungen zu, sondern erst durch ihre relationale Anordnung innerhalb eines Diskurses erhalten die Aussagen Bedeutungen (vgl. Moebius 2003, 163). Foucault beschäftigt sich des Weiteren besonders mit der Kopplung von Macht und Wissen und stellt fest, dass die Kontrolle, Selektion, Organisation und Kanalisierung von Diskursen sowie die Prozeduren der Wahrheitsproduktion machtdurchsetzte Prozesse sind (vgl. Foucault 2007, 11). Dabei ist Macht, nach Foucaults Verständnis, diskursiv und produktiv, da sie ihre Wirkung mithilfe gesellschaftlicher Wahrheiten entfaltet und zur Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen sowie zur Subjektivierung beiträgt (vgl. Foucault 2014, 91ff.).

Laclau und Mouffe erweitern den Diskursbegriff über eine rein linguistische Definition hinaus und pointieren die Bedeutungsherstellung durch differentielle Signifikantenketten (vgl. ebd. 164). Dabei fokussieren sie vor allem die von Foucault unternommene Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken.

»Unsere Analyse verwirft die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praxen und behauptet, daß [sic!] zum einen sich jedes Objekt insofern als Objekt eines Diskurses konstituiert, als kein Objekt außerhalb jeglicher diskursiver Bedingungen des Auftauchens gegeben ist und zum anderen jede Unterscheidung von

gewöhnlich als linguistisch und behavioristisch bezeichneten Aspekten gesellschaftlicher Praxis entweder eine falsche Unterscheidung ist oder als eine Differenzierung innerhalb der sich in verschiedene diskursive Totalitäten strukturierenden gesellschaftlichen Sinnproduktion verortet werden sollte.« (Laclau/Mouffe 2012, 143)

Die Begründung dafür, dass sowohl die sprachlichen als auch die nicht-sprachlichen Elemente einen Diskurs bilden, finden Laclau und Mouffe in den Sprachspielen Wittgensteins¹. Als Beispiel führen sie einen Bau aus Steinen an. Person A führt den Bauakt aus, Person B reicht die Steine an. Beide bedienen sich einer Sprache, die es ihnen ermöglicht, sich zu verständigen. Ruft Person A »Stein«, bringt Person B den Stein, den sie gelernt hat, auf diesen Ruf zu bringen. Dies verdeutlicht, dass die sprachlichen und nicht-sprachlichen Elemente nicht einfach nebeneinanderstehen, sondern dass sie gemeinsam ein differentielles und strukturiertes System von Positionen, das heißt einen Diskurs, konstituieren (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 145).

Diskurse sind Differenzsysteme, da die einzelnen Elemente des Diskurses erst durch die Beziehung zu anderen Elementen des Diskurses Bedeutungen hervorbringen. Damit rückt die Diskurskonzeption von Laclau und Mouffe nahe an die strukturalistische Sprachwissenschaft Ferdinand de Saussures, in der die Bedeutung von sprachlichen Zeichen in ihrer Differenz zu anderen Zeichen begründet ist. Durch die artikulatorische Praxis werden die Elemente (jede Differenz, die nicht artikuliert ist) in eine diskursive Formation gebracht, das heißt zu Momenten (differentiellen Positionen, die innerhalb eines Diskurses artikuliert werden) transformiert (vgl. Moebius 2003, 168). Entscheidend, und damit klar im Unterschied zu Saussure stehend, ist, dass es nie zur Schließung eines Diskurses kommen kann, das heißt Bedeutungen nie endgültig fixiert werden können, da es kein außerdiskursives Fundament geben kann (vgl. Stäheli 2000, 8). In der Terminologie von Laclau und Mouffe bedeutet dies, dass der Übergang von den Elementen zu den Momenten niemals vollzogen ist.

Hier wird der Begriff der Dekonstruktion nach Derrida bedeutend. Unter der Dekonstruktion eines Diskurses ist das Aufbrechen seiner essentiellen Erscheinung gemeint, das Aufbrechen des Diskurses von innen heraus. Ein Diskurs ist niemals stabil, sondern er verschiebt sich durch eine ständige Wiederholung, die Derrida *Iteration* nennt (vgl. Dzudzek 2013, 13f.). Diese Polysemie und Unkontrollierbarkeit des Diskurses verweist auf das Konzept der Überdetermination². Elemente und Identitäten eines Diskurses sind überdeterminiert, d.h. sie können niemals endgültig fixiert werden (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 148). Doch damit das Fließen der Differenzen möglich wird, muss es partielle Bedeutungsfixierungen geben. Diese werden durch die Konstruktion von Knotenpunkten ermöglicht (vgl. ebd., 150).

Im Anschluss an die Lacansche Psychoanalyse nennen Laclau und Mouffe die Knotenpunkte *leere Signifikanten*. Der leere Signifikant übernimmt, obwohl er selbst ein partikularer Signifikant und ein Teil des Diskurses ist, die Aufgabe, die Identität des Diskurses als Ganzes zu bezeichnen. Ein »leerer« Signifikant ist er deswegen, weil er zwar noch

1 Zu den Sprachspielen Wittgensteins vgl. Wittgenstein (2002).

2 Vgl. Teil II, Kapitel 4.3.3 in dieser Arbeit.

Reste seiner ursprünglichen partikularen Bedeutung transportiert, seine Bedeutung jedoch tendenziell entleert und universalisiert werden muss, damit er die Allgemeinheit des Diskurses ausdrücken kann. Das Partikulare steht damit zu einer bestimmten Zeit für etwas Universelles. Der leere Signifikant ermöglicht also erstens gerade wegen seiner Entleerung, dass sehr verschiedenartige Momente aufeinander bezogen, d.h. artikuliert werden können, und er ermöglicht zweitens, dass auf vielfältige Weise Bedeutungen fixiert werden können, gerade weil er zum nahezu bedeutungslosen Zeichen wird (vgl. Stäheli 1999, 149f.).

5.1.2 Universalismus & Partikularismus

Ausgehend von der diskurstheoretischen Perspektive Laclaus und der Annahme grundlegender Kontingenz, kann Hegemonie nur in der Überwindung der Dichotomie von Universalismus und Partikularismus existieren. Die Debatte um Universalität und Partikularität, heute unter anderem als *Kommunitarismusstreit* bekannt, ist besonders seit den 1970ern, im Zuge der Pluralisierung von Identitäten und kulturellen Differenzen, dem Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, der Multikulturalismusdebatte und den sich entwickelnden Strategien der Identitätspolitik, in das Zentrum gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung gerückt. Kommunitaristen plädieren für eine starke Wertegemeinschaft, in die autonome Individuen eingebunden werden und die gegenüber individuellen Interessen in bestimmten Fällen privilegiert wird, etwa zum Schutz kultureller oder sprachlicher Gemeinschaften wie etwa in Quebec (vgl. Neubert et al. 2013, 11). Dem gegenüber vertreten Liberale die Auffassung, dass Gesellschaften zunächst auf formalen universellen Gleichheitsprinzipien beruhen, in denen Individualrechte gegenüber Gruppenrechten hervorzuheben sind (vgl. ebd., 13). Die unüberbrückbare Kluft zwischen beiden Anschauungen führt zwangsläufig zur Absage der Möglichkeit einer versöhnten Gesellschaft und damit erst zur Möglichkeit einer radikalen Demokratie (vgl. Laclau 2002, 52).

Laclau formuliert die Differenz zwischen Universalität und Partikularität als eine Spannung, die zu keiner der beiden Seiten hin aufgelöst werden kann. Ein reiner Partikularismus wäre aus verschiedenen Gründen ein selbstzerstörerisches Unterfangen (vgl. Laclau 2002, 53). Denn zum einen kollidieren die Forderungen multipler partikularer Gruppen zwangsläufig, wodurch ein übergeordnetes Prinzip vorhanden sein muss, um Konflikte regulieren zu können. Zum anderen, wären die partikularen Identitäten rein differentiell und relational, würden sie sich nicht antagonistisch zueinander verhalten, was inhärente Machtverhältnisse untergraben würde (vgl. ebd., 53f.). Dies führt zu einer radikalen Neudefinition von Universalität, was sich darin äußert, »dass das Universelle nichts anderes ist als ein zu einem bestimmten Zeitpunkt dominant gewordenes Partikulares.« (Laclau 2002, 52) Gegenstand einer hegemonialen Auseinandersetzung ist somit immer die Frage, welcher partikulare Signifikant für eine bestimmte Zeit die Rolle einer universellen Repräsentation übernimmt. Dies führt zur Funktion des leeren Signifikanten, den Laclau mit dem Universellen gleichsetzt.

An dieser Stelle ist es wichtig, auf die Ambivalenz, die allen Formen radikaler Opposition inhärent ist, aufmerksam zu machen, da sich das hegemoniale Projekt erst auf der

Basis von Kontingenz und Ambivalenz konstituieren kann. Für den Moment sei festgehalten, dass

»das Universelle [...] keinen konkreten Inhalt für sich selbst [besitzt], sondern [...] der immer zurückweichende Horizont [ist], der aus der Ausweitung einer unbegrenzten Kette äquivalenter Forderungen resultiert.« (Laclau 2002, 63)

Das Paradox, dass das Universelle nicht mit dem Partikularen zusammen gedacht werden kann, jedoch auch nicht ohne es existieren kann, ist die eigentliche Voraussetzung für Demokratie (vgl. ebd., 63f.). Eine Letztbegründung durch eine Universalität verfehlt die Vielfalt und Spezifität konkreter und kontextbezogener Kämpfe, worum es in demokratischer Politik aber letztlich geht (vgl. Neubert 2013, 74). So sind universalistische Erklärungsansätze selbst Ausdruck einer spezifischen hegemonialen Auseinandersetzung (vgl. ebd., 75).

5.1.3 Dislokation

Das Konzept der Dislokation oder auch *Zerstreuung* genannt, das Laclau in »New Reflections of the Revolution of Our Time« entwickelt, bildet die theoretische Grundlage für die jüngste Konzeption der hegemonialen Diskurstheorie. Laclaus Hegemonietheorie lässt sich stark vereinfacht in drei Phasen differenzieren: in den 1970ern steht die Dekonstruktion des Marxismus im Vordergrund, die sich vornehmlich auf den Arbeiten Gramscis und Althussers begründet; in den 80ern tritt das Konzept der radikalen Demokratie in den Hauptfokus, wobei sich Laclau poststrukturalistisch auf Derrida und Foucault bezieht; in den 90ern pointiert Laclau eine auf Lacan und Žižek aufbauende psychoanalytische Hegemonietheorie (vgl. Howarth 2004, 258f.).

Ausgehend von der Kritik Slavoj Žižeks³ radikalisiert Laclau das Antagonismuskonzept unter Rückgriff auf insbesondere die Lacansche Psychoanalyse. Laclau und Mouffe argumentierten bisher, der soziale Antagonismus entstehe, weil das Subjekt durch einen »Feind« an der Bildung einer einheitlichen Identität gehindert werde (vgl. Howarth 2004, 260). Daran kritisiert Žižek, dass die Dekonstruktion des Subjekts in lediglich Subjektpositionen innerhalb einer diskursiven Struktur nicht ausreiche. Subjekte seien nicht durch einen externalen anderen antagonisiert, sondern ontologisch in sich selbst gespalten (vgl. ebd., 259ff.). Laclau nimmt diese Kritik an und erweitert den Kontingenzcharakter auf die Ebene der Strukturen *und* der Subjekte. Er geht Lacan folgend von einem nie zu erfüllenden Mangel aus. Stetig im Begehren, diesen Mangel aufzuheben, scheitert das Individuum und die Struktur bleibt notwendigerweise offen. Durch die Einführung eines »konstitutiven Außens« wird es dann möglich, die Unmöglichkeit von Identität sowie von Gesellschaft zu denken.

»[...] every identity is dislocated insofar as it depends on an outside which both denies that identity and provides its condition of possibility at the same time.« (Laclau 1990, 39)

3 Vgl. Žižek (1989; 1990).

Folglich gibt es eine unauflösliche Spannung zwischen Interiorität und Exteriorität, das heißt eine Unentscheidbarkeit zwischen Notwendigkeit und Kontingenz (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 148ff.). Denn auf der einen Seite ist die Beziehung der Elemente untereinander und zum konstitutiven Außen notwendig, um Identität zu konstituieren, auf der anderen Seite sind diese Beziehungen aber immer kontingent, das heißt auf keinen logischen Ursprung zurückzuführen (vgl. Moebius 2003, 169).

Die Dislokation bezeichnet die dem Antagonismus zugrundeliegende Unentscheidbarkeit. Sie beschreibt die Unmöglichkeit der vollständigen Schließung eines jeden Diskurses und einer jeden Identität (vgl. ebd., 191). So kommt es zum Beispiel durch Prozesse der Bürokratisierung und Kommodifizierung sowie der Ausdehnung der Massenkommunikationsmittel in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer tiefgreifenden Veränderung sozialer Verhältnisse, die neue Antagonismen bewirken und so neue Forderungen erst möglich machen (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 202–207). Die Formulierung sozialer Bürgerrechte im Zuge der Transformation des Sozialstaates etwa ermöglichte erst Forderungen nach »Gleichheit« und »Freiheit«. Das heißt die Dislokation von Strukturen, Ordnungen und Identitäten ermöglicht das Auftauchen neuer Antagonismen, auf deren Basis neue Forderungen formuliert werden können, das heißt sich hegemoniale Auseinandersetzungen formieren können. Dieses Feld der Unentscheidbarkeit bezeichnen Laclau und Mouffe als das *Politische*. Es beinhaltet das gesamte Feld der verschiedenen, unentscheidbaren Diskurse, wobei die Dislokation der Akt des Aufbrechens der Ordnung ist. Im Gegensatz dazu, wird *Politik* als die Produktion und Artikulation von Diskursen verstanden (vgl. Moebius 2003, 171). Für eine vorübergehende Sinnfixierung bedarf es demnach einer Vermittlung zwischen dem Politischen und der Politik in Form einer Entscheidung. Diese Entscheidung kann aber keine theoretische Ableitung beinhalten, sondern stellt sich immer als kontingente Handlung dar (vgl. ebd., 193).

Jede Entscheidung bedingt also eine partielle Fixierung, die ihrerseits wieder auf einem konstitutiven Außen beruht. Diese partielle Fixierung, die mittels leerer Signifikanten erreicht wird, beinhaltet aber immer erneute Unentscheidbarkeiten und Dislokationen, was letztlich die Möglichkeit für Politik überhaupt ist (vgl. ebd., 194ff.). In dieser Nicht-Fixierbarkeit des Sozialen und der Dynamik des Politischen ist der Kampf um eine hegemoniale Stabilisierung der eigentliche Modus der Politik. Dabei ist das Politische, als Feld der Unentscheidbarkeit, die Bedingung für die Errichtung des Sozialen. Somit wird durch die Dislokation möglich, den Bruch in der symbolischen Ordnung und in den Identitäten auszumachen sowie neue Identifizierungsoberflächen zu begründen (vgl. Howarth 2004, 261). Erst wenn etwas disloziert ist, kann es zur Artikulation⁴ kommen und somit hegemonial wirksam werden.

5.1.4 Der soziale Antagonismus

Im Begriff des Antagonismus ist die fundamentale Konflikthaftigkeit des Politischen zum Ausdruck gebracht und durch ihn wird zugleich die Voraussetzung für die Herausbildung einer politischen Identität gelegt (vgl. Nonhoff 2007b, 179ff.). Den Aus-

4 Vgl. Teil II, Kapitel 4.3.4 in dieser Arbeit.

gangspunkt für die Konzeption des Antagonismus bildet erneut die Feststellung, dass a) Gesellschaft als geschlossene Totalität unmöglich ist und b) es niemals zu einer vollständigen Stabilisierung von Identitäten kommen kann. Dieses Scheitern der endgültigen Identitätsvervollkommenung führt zu einer allgemeinen Erfahrung des Antagonismus (vgl. Moebius 2003, 161).

Der Antagonismus ist definiert als die Grenze der Objektivität. Er ist die Grenze aller Ordnung. Soziale Beziehungen und Identitäten befinden sich fortwährend in einem prekären Zustand, da die Signifikanten nie endgültig fixiert werden können (vgl. Laclau 1988, 254). Und erst dadurch, dass Bedeutungen nie völlig fixiert werden können, eröffnen sich die Möglichkeiten für hegemoniale Auseinandersetzungen (vgl. ebd., 255). Ohne Antagonismus könnte Gesellschaft als Einheit gedacht werden, jedoch wären alle Möglichkeiten hegemonialer Auseinandersetzungen ausgelöscht.

»Der Antagonismus, weit davon entfernt, ein objektives Verhältnis zu sein, ist ein Verhältnis, worin die Grenzen jeder Objektivität *gezeigt* werden – im Sinne Wittgensteins, daß [sic!] das, was nicht *gesagt*, so doch *gezeigt* werden kann. Aber wenn das Soziale, wie wir dargelegt haben, nur als partieller Versuch existiert, Gesellschaft zu konstruieren – das heißt ein objektives und geschlossenes System von Differenzen – ist der Antagonismus als Zeuge der Unmöglichkeit einer endgültigen Naht die »Erfahrung« der Grenze des Sozialen. Genaugenommen existieren Antagonismen nicht *innerhalb*, sondern *außerhalb* der Gesellschaft; beziehungsweise sie konstituieren die Grenzen der Gesellschaft und deren Unmöglichkeit, sich vollständig zu konstituieren.« (Laclau/Mouffe 2012, 165; Herv. i. Orig.)

Mit dem Begriff des Antagonismus wird die Beziehung zwischen dem Außen und einer Identität erklärt. Was genau ein antagonistisches Verhältnis ist, erläutern Laclau und Mouffe unter Rückgriff auf Lucio Collettis⁵ Analyse der Spezifik sozialer Antagonismen und dessen Bezug zur Kantschen Unterscheidung zwischen Realopposition und logischem Widerspruch. Die Realopposition entspricht der Formel »A – B«, wobei jedes der gegensätzlichen Glieder, unabhängig von der Relation zum anderen, eine eigene Positivität besitzt. Der logische Widerspruch entspricht der Formel »A – nicht A«, womit ein Glied nur durch die Relation zu einem anderen Sinn erhält. Während der Widerspruch nur auf einer logisch-begrifflichen Ebene existiert, kommt die Realopposition auf dem Terrain realer Objekte vor (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 162). Im Unterschied zum Antagonismus handelt es sich bei der Realopposition und dem Widerspruch um volle Identitäten, denn bei der Realopposition wird ein Verhältnis zwischen zwei realen Objekten, beim Widerspruch zwischen zwei begrifflichen Objekten, beschrieben. In beiden Fällen müssen die Glieder schon konstituiert sein, um sich voneinander abzusetzen und Sinn zu produzieren. Wenn der Antagonismus aber die Grenze der Objektivität ist, muss von einer unvollständigen, mangelnden Identität ausgegangen werden.

»Die Präsenz des ›Anderen‹ hindert mich daran, gänzlich ich selbst zu sein. Das Verhältnis entsteht nicht aus vollen Totalitäten, sondern aus der Unmöglichkeit ihrer Konstitution.« (Laclau/Mouffe 2012, 164)

5 Vgl. Colletti (1977).

Mit Hilfe des sozialen Antagonismus beschreiben Laclau und Mouffe, wie das Soziale durch Äquivalenzketten homogenisiert wird und sich gleichzeitig durch ein konstitutives Außen herstellt. Der Begriff des »konstitutiven Außens« geht auf Jacques Derrida und die Dekonstruktion der Struktur zurück und bezeichnet das, was notwendigerweise im Diskurs ausgeschlossen werden muss, damit es zu einer Selbstkonstitution kommen kann. So werden sowohl Identitäten als auch soziale Ordnungen durch den Bezug zu einer Andersheit gebildet (vgl. Moebius 2003, 9).

Derrida radikalisiert mit seiner Dekonstruktion den Strukturalismus von Saussure und ebnet damit einen wichtigen Weg für vor allem poststrukturalistische Theorien. Er kritisiert einerseits Saussures Bevorzugung der Sprache vor der Schrift und andererseits seine Annahme eines geschlossenen Systems der Sprache (vgl. ebd., 83f.). Es kann laut Derrida nicht von einem alles beherrschenden Referenten wie dem Signifikat ausgegangen werden, da das Signifikat selbst nur ein Signifikant ist, der seine Bedeutung differentiell erhält (vgl. ebd., 84). Jedes Zeichen erhält durch einen Platz in der Signifikantenkette vorübergehend Bedeutung, verweist aber immer gleichzeitig auf Elemente oder Spuren anderer Zeichen, wodurch sich ein Überschuss an Bedeutung ergibt (vgl. ebd.). Mit dem Neologismus der *différance* beschreibt Derrida die arbiträre Setzung von Begriffen in Dichotomien sowie die permanente Sinnaufschiebung in Wort und Schrift, wobei sich das Wort aus den französischen Begriffen des Differenzierens und des Aufschiebens ableitet. Durch die Dekonstruktion wird zunächst die Hierarchie von Oppositionspaaren (beispielsweise Mann/Frau) umgekehrt und gezeigt, dass es dem ersten Begriff an Bedeutung mangelt und dieser von Zweiterem abhängt beziehungsweise durch Elemente des Zweiten ergänzt werden muss (vgl. ebd., 96f.). Der so entstehende Bedeutungsüberschuss wird in der Dichotomie geleugnet, kann aber durch die Dekonstruktion aufgedeckt und verschoben werden. Dieses Verschieben ist gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit des Schließens eines Diskurses und verweist auf das konstitutive Außen.

Laclau und Mouffe wenden den Begriff des konstitutiven Außens auf die Analyse des Sozialen und von Gesellschaft an. Dabei hat das konstitutive Außen eine paradoxe Funktion, da es einerseits die äußere Grenze eines Diskurses, einer Struktur oder Identität markiert, andererseits der Diskurs (die Struktur oder die Identität) zur partiellen Schließung von diesem Außen abhängt (vgl. ebd., 98). Um sich jedoch konstituieren zu können, sich von etwas abgrenzen zu können, kann dieses Außen nicht völlig losgelöst sein, sondern liegt im Inneren (des Diskurses, der Struktur oder Identität), als dessen Möglichkeitsbedingung (vgl. ebd.). Insofern ist das konstitutive Außen das, was die Struktur ermöglicht und gleichzeitig das, was sie an ihrer vollständigen Konstitution hindert. In der ständigen Wiederholung jeder dislozierten, dekonstruierten Struktur eröffnet sich ein Handlungsspielraum, der hegemoniale Prozesse ermöglicht. Eine hegemoniale Artikulation hat das Auftauchen eines Antagonismus zur Voraussetzung, den Laclau und Mouffe komplementär zum konstitutiven Außen beschreiben. Auf welche Weise neue Antagonismen auftauchen, wird anhand der *Logik der Äquivalenz* und der *Logik der Differenz* beschrieben.

Wie zuvor dargelegt gewinnt ein (hegemonialer) Diskurs erst durch die Abgrenzung zu einem Außen seine Identität, wobei die Grenzen des Diskurses antagonistische Grenzen sind, das heißt als ausschließende fungieren. Dass jedes Element des Systems aber nur insofern eine Identität hat, als es von den anderen verschieden ist, geht auf den

Strukturalismus Saussures zurück. Als Produkt der Logik der Differenz kann jedes Element dabei prinzipiell vollständig bestimmt werden. Laclau und Mouffe betonen daran anknüpfend und darüber hinaus gehend, dass alle Differenzen äquivalent zueinander stehen müssen, sofern sie sich gemeinsam gegenüber einem Außen formieren (vgl. Laclau 2002, 67). Das heißt, wenn sich verschiedene diskursive Momente durch etwas ihnen Gemeinsames verbinden, entsteht ein Äquivalenzverhältnis, bei gleichzeitiger Aufhebung der Differenzen.

Zur Konstitution eines Systems (Diskurses oder einer Identität) ist immer ein Ausschluss von etwas nötig und somit ist die Spaltung oder Ambivalenz konstitutiv. Durch diese Unabgeschlossenheit des Systems ist ein Element nicht nur durch die Differenz zu anderen Elementen bestimmt, sondern gleichzeitig dadurch, dass es äquivalent zu den Elementen ist, die sich gemeinsam durch ihre Unterscheidung von etwas Äußerlichem formieren. So wird der differentielle Charakter der Systempositionen durch die äquivalente Stellung gegenüber dem konstitutiven Außen subvertiert (vgl. Marchart 1998, 9). Das heißt, dass sich die Differenzen durch die Äquivalenz gegenseitig aufheben, insofern sie etwas ihnen allen zugrundeliegend Identisches ausdrücken (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 67).

»Aber in jedem Fall ist die Identität eines jeden Elements konstitutiv gespalten: Einerseits drückt sich jede Differenz selbst *als* Differenz aus, andererseits löscht sich jede selbst als solche aus, indem sie in ein Äquivalenzverhältnis mit allen anderen Differenzen des Systems eintritt.« (Laclau 2002, 67; Herv. i. Orig.)

Wenn durch die Äquivalenz die Elemente alle differentiellen Bestimmungen verlieren, kann Identität nur über eine gemeinsame Referenz auf etwas Äußeres gegeben werden. Dieses Äußere kann aber nur negativ bestimmt werden, da andernfalls eine Aufhebung der Differenz unmöglich wäre (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 168). Eine gemeinsame Bedeutung der Elemente kann nur in etwas liegen, was diese nicht sind und somit ist Identität rein negativ geworden (vgl. ebd.). Doch fernab davon, einen reinen Widerspruch zu konstituieren (A sein impliziert, nicht B sein), der letztlich in einer Positivität des Seins münden würde, geht es Laclau und Mouffe darum zu zeigen, dass durch die Äquivalenz jede Positivität ausgelöscht und der »Negativität eine reale Existenz gegeben wird« (ebd., 169). Denn wäre das Außen nicht durch das System und die Grenzen als bloße Negativität bestimmt, würde die Logik der Differenz das Außen zu einem Teil des Systems machen. Die Negativität durchdringt das Soziale und verhindert stetig die Objektivität dessen, wodurch sich weder ein Zustand totaler Äquivalenz, noch ein Zustand totaler Differenz einstellen kann (vgl. ebd.). Die Äquivalenzbeziehung ist immer ambig, denn um äquivalent zu sein, müssen einerseits zwei Gegenstände verschieden sein, andererseits existiert die Äquivalenz nur durch die Subversion des differentiellen Charakters jener Gegenstände (vgl. ebd., 168).

»Der endgültige Charakter dieser Nicht-Fixiertheit [die die Äquivalenz einführt], die endgültige Unsicherheit jeder Differenz, zeigt sich folglich in einem Verhältnis totaler Äquivalenz, in dem die differentielle Positivität A ihrer Begriffe aufgelöst ist. Dies ist

genau die Formel des Antagonismus, der sich somit als Grenze des Sozialen erweist.« (Ebd., 168f.)

Auf der Basis einer Äquivalenz zwischen Elementen, die jene ausschließen, denen sie entgegengesetzt sind, entsteht der Antagonismus. Und so kann jede Position in einem System von Differenzen, sofern sie negiert wird, der Ort eines Antagonismus werden, der die Voraussetzung für eine hegemoniale Formation ist (vgl. ebd., 171). Ein hegemoniales Verhältnis artikuliert die Differenzen über ein Element, das die Repräsentation einer Totalität behauptet und somit Bedeutungen fixiert. Dieses Element, das zu einer imaginären Schließung des Diskurses führen kann, nennen Laclau und Mouffe den leeren Signifikanten. Die Präsenz leerer Signifikanten wird als die eigentliche Bedingung für Hegemonie angesehen (vgl. Laclau 2002, 74). Im Moment der Ausrufung der Bürgerrechte etwa kommt es zur Forderung nach Gleichheit beispielsweise von Seiten der *People of Color* in den USA. Über die Konstruktion des leeren Signifikanten »Gleichheit«, unter dem sich viele heterogene Gruppen und Individuen als äquivalent gegenüber einem Außen formieren, gelingt es, eine imaginäre Einheit zu erzeugen.

Der leere Signifikant ist ein zentrales Konzept der politischen Diskurstheorie Laclaus und zeigt deutlich die Nähe zu Lacan sowie die Anwendung und Weiterentwicklung der sprachwissenschaftlichen Grundlagen Saussures. Dislozierte Elemente können mittels leerer Signifikanten äquivalent werden und Bedeutungen vorübergehend fixieren. Diese partielle Bedeutungsherstellung ist die Voraussetzung für hegemoniale Prozesse. Die permanent dislozierenden Kräfte, die die Strukturen und Identitäten destabilisieren, ermöglichen gleichzeitig eine »recomposition of the structure around particular nodal points of articulation.« (Laclau 1990, 40)

In seinem Aufsatz »Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?« definiert Laclau einen leeren Signifikanten als »Signifikant ohne Signifikat« (Laclau 2002, 65). Ausgegangen wird von Saussure, wo jeder Signifikant ein Zeichen konstituiert, indem er sich an ein bestimmtes Signifikat bindet und sich als Differenz in einem Signifikationsprozess einschreibt. Dabei setzt die Signifikation ein System voraus, das sich nur durch Grenzen konstituieren kann. Die Grenzen eines Bezeichnungssystems können jedoch selbst nicht bezeichnet werden, sonst wären sie keine echten Grenzen. Sie müssen sich als »Zusammenbruch des Prozesses der Signifikation« zeigen (ebd., 66). Die Grenzen müssen antagonistische, das heißt ausschließende Grenzen sein, da das System sich nur über etwas Äußeres konstituieren kann, über eine »reine Negativität« (ebd., 68). Durch die antagonistische Grenze wird eine Ambivalenz in das System von Differenzen eingeführt, die als konstitutiv gilt, so dass kein Element nur durch seine Differenz vollständig bestimmt werden kann.

»Einerseits hat jedes Element des Systems nur insofern eine Identität, als es von den anderen verschieden ist. Differenz = Identität. Andererseits jedoch sind alle diese Differenzen einander äquivalent, soweit sie alle zu dieser Seite der Grenze der Ausschließung gehören.« (Laclau 2002, 67)

Der leere Signifikant erzeugt eine imaginäre Einheit, indem unterschiedliche Inhalte in eine Äquivalenzkette gebracht werden. Als Äquivalenzkette können die Elemente die Dif-

ferenzen übersteigen und dadurch werden die Signifikanten von ihren Verknüpfungen mit einzelnen Signifikaten entleert (vgl. ebd., 69). Dabei ist die Stellung des leeren Signifikanten paradox: einerseits ist er der Ort der imaginären Schließung, andererseits wird mittels seiner jegliche Bedeutung entleert. Der leere Signifikant kann, entleert von bestimmten Signifikaten, mittels einer Partikularität, die Universalität eines Diskurses repräsentieren. Und eben diese Beziehung, in der ein partikulares Element die unmögliche Aufgabe einer universalen Repräsentation übernimmt, nennen Laclau und Mouffe ein hegemoniales Verhältnis (vgl. ebd., 74). Welcher Signifikant zum leeren Signifikanten wird und somit die hegemoniale Rolle einnimmt, hängt laut Laclau von der »Unebenheit des Sozialen« ab, das heißt von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen (vgl. ebd., 73f.).

5.1.5 Radikale Demokratie

Laclau und Mouffe bieten mit dem Konzept der radikalen Demokratie einen fruchtbaren Ansatz, das unvollendete Projekt der Moderne mit dem Streben nach Gleichheit und Freiheit zu verfolgen, ohne jedoch auf der Notwendigkeit einer erkenntnistheoretischen Fundierung zu bestehen. So gehe es nicht um die Ablehnung der Moderne *per se*, sondern um die Krise eines bestimmten Projekts innerhalb der Moderne, nämlich die Krise des Projektes der Aufklärung und deren universeller Fundierung (vgl. Mouffe 1988, 34).

»Radical democracy demands that we acknowledge difference – the particular, the multiple, the heterogeneous – in effect, everything that had been excluded by the concept of Man in the abstract. Universalism is not rejected but particularized; what is needed is a new kind of articulation between the universal and the particular.« (Ebd., 36)

Der theoretische Ansatz von Laclau und Mouffe ermöglicht eine Analyse jenseits des Klassengegensatzes, wobei Identitäten selbst als Produkte politischer Artikulation begriffen werden. Die Kritik von Laclau und Mouffe bezieht sich vor allem auf den Ökonomismus und den (Klassen-)Reduktionismus der Zweiten und Dritten Internationalen, wo zu schnell von »objektiven« materiellen Lebensumständen auf soziale Praktiken, das Wissen und das Handeln geschlossen werde (vgl. Moebius 2003, 157f.). Die seit dem Zweiten Weltkrieg aufkommenden sozialen Bewegungen haben eine theoretische Krise hervorgerufen, wodurch es zu einer Reihe von Veränderungen auf der Ebene sozialer Verhältnisse kommt.

»In der Krise ist gegenwärtig die gesamte Konzeption des Sozialismus, die auf der ideologischen Zentralität der Arbeiterklasse, auf der Rolle der Revolution als dem begründeten Moment im Übergang von einem Gesellschaftstyp zu einem anderen sowie auf der illusorischen Erwartung eines vollkommen einheitlichen und gleichartigen kollektiven Willens, der das Moment der Politik sinnlos macht, basiert. Der plurale und mannigfaltige Charakter der zeitgenössischen sozialen Kämpfe hat endgültig die letzte Grundlage für dieses politische Imaginäre aufgelöst.« (Laclau/Mouffe 2012, 32; Herv. i. Orig.)

Im Gegensatz zum Rationalismus des klassischen Marxismus ist die Logik der Hegemonie von Anfang an eine kontingente. Deswegen sei es nicht länger möglich, die Subjektivitäts- und Klassenkonzeption des Marxismus und seine Vision einer transparenten Gesellschaft, in der die Antagonismen verschwunden sind, beizubehalten (vgl. ebd., 34). Die Ablösung des ancien régime war der Anfang des Prozesses wachsender gesellschaftlicher Komplexität.

»Von da an wurde die Demarkationslinie zwischen dem Inneren und dem Äußeren, die Trennungslinie, von der aus der Antagonismus in Form zweier gegensätzlicher Äquivalenzsysteme gebildet wurde, immer zerbrechlicher und ambivalenter, und ihre Konstruktion wurde zum entscheidenden Problem der Politik. Das heißt, von da an gab es keine Politik mehr ohne Hegemonie.« (Laclau/Mouffe 2012, 191)

Die wachsende gesellschaftspolitische Komplexität der Nachkriegszeit führt zu einer Vielzahl sozialer Verhältnisse, von denen neue Antagonismen ausgehen können. Besonders von Bedeutung sind hier Prozesse der Kommodifizierung, Bürokratisierung und Homogenisierung, die zu neuen Ungleichheiten und Konflikten beitragen (vgl. ebd., 203). Ebenso zeigt der Übergang von der Moderne zur Postmoderne nach dem Kalten Krieg eine zunehmende gesellschaftspolitische Desorganisation. Die zuvor ideologisch in zwei Lager geteilte Gesellschaft zeichnet sich nun durch eine Krise des Universalismus aus (vgl. Laclau 1994, 1). Es kommt zu einer Vielzahl partikularer politischer Identitäten, bei gleichzeitiger Abnahme universeller Werte. Doch um die Existenz partikularer Gruppen zu ermöglichen, und somit hegemoniale Kräfte im demokratischen Prozess sicherzustellen, ist ein transzendentes Universelles nötig (ebd., 5). Denn wenn alle partikularen Gruppen das Recht auf ihren jeweiligen Partikularismus haben, bedeutet es im Umkehrschluss, dass sie auf eine gewisse Weise gleich sind.

Auf dieser Grundlage formulieren Laclau und Mouffe zwei zentrale Voraussetzungen eines neuen politischen Imaginären: einerseits müsse die Vorstellung von privilegierten Bruchpunkten sowie von einem einheitlichen politischen Raum aufgegeben werden, andererseits gehe es um die Anerkennung der Pluralität und Unbestimmtheit des Sozialen (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 192). Durch die Anerkennung dieser Pluralität und Unbestimmtheit, das heißt des kontingenten Charakters von Identitäten und sozialen Realitäten, ist eine hegemoniale Praxis erst möglich. Und da es keinen Ort der Gesellschaft gibt, von dem aus sie begründbar ist, bleibt dieser Ort leer, das heißt die Universalität ist die Leerstelle, die Politik erst ermöglicht.

5.2 Rezeption und Wirkung in der *Critical Pedagogy*

Die postmarxistische und poststrukturalistische Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe gilt als eine der einflussreichsten Arbeiten zur politischen Theorie der Gegenwart (vgl. Nonhoff 2007a, 7). Während sie in Deutschland trotz der bereits zu Beginn

der 1990er vorliegenden Übersetzung eher zögerlich rezipiert wurde,⁶ fand sie im angelsächsischen Raum gleich zu Beginn der Veröffentlichung im Jahr 1985 großen Anklang.

Für Giroux spielt das Denken Mouffes bereits in seiner ersten Monografie im Jahr 1981 in der Auseinandersetzung mit Gramsci eine Rolle und so finden sich bis heute in nahezu all seinen Arbeiten Referenzen und Bezüge zu sowohl den Monografien und Einzelwerken je von Mouffe und Laclau, als auch zu ihrem gemeinsamen Werk »Hegemony and Socialist Strategy«. Nach »Hegemony and Socialist Strategy« beschäftigt sich Mouffe vordergründig mit Fragen der (radikalen) Demokratie(-theorie), während Laclau sich vermehrt mit identitätsspezifischen Fragen sowie dem Thema des Populismus auseinandersetzt. So tritt bei Laclau die Idee der radikalen Demokratie etwas in den Hintergrund (vgl. Nonhoff 2020, 337).

Die Rezeption durch Giroux ist unter anderem in dem Ansatz der *border pedagogy*⁷ (vgl. Giroux 1988c; 1991a; 1991b) explizit sowie in seiner Diskussion um Moderne/Postmoderne (vgl. Giroux 1991),⁸ wenn zum einen die postmoderne Pluralität, Offenheit und Kontingenz bejaht wird sowie die Zerstreuung und Fragilität von Subjektpositionen als fruchtbar für emanzipative Kämpfe gegen starre Ordnungen der Moderne betont werden. Zum anderen bieten Laclau und Mouffe Begriffe und Konzepte an, Demokratie, Hegemonie, Äquivalenz und Differenz (vor dem Hintergrund des Übergangs von der Moderne zur Postmoderne) neu zu denken. Dass sich dieses Denken Ende der 1980er und in den 90ern für Giroux so fruchtbar mit jenen Ansätzen der *Cultural Studies* und des Postkolonialismus verknüpfen lässt, geht zum einen auf die grundlegende gemeinsame theoretische Basis im poststrukturalistischen Denken zurück, zum anderen auf die gemeinsame Betonung politischer Dynamiken. So geht es bei allen Autor*innen um die Analyse gesellschaftspolitischer Kämpfe, die gängige Strukturen sowie hegemoniale Verhältnisse herausfordern, und um die Einsicht in die Ambivalenz und Konflikthaftigkeit des Politischen.⁹ Dabei ist die Perspektive minoritärer Positionen richtungsgebend.

6 Als frühe Ausnahmen können Marchart (1998) und daran anknüpfende Forschungsbeiträge wie Stäheli (1999) sowie Nonhoff (2006, 2007a) angeführt werden.

7 Vgl. Teil III, Kapitel 1.3 in dieser Arbeit.

8 Vgl. Teil III, Kapitel 1.2 in dieser Arbeit.

9 Vgl. Teil IV, Kapitel 2 und 3 in dieser Arbeit.